

## China und die Sowjetordnung

Zur Frage des „chinesischen Weges“ zum „Sozialismus“<sup>1</sup>

Von

Werner Hofmann, Wilhelmshaven-Rüstersiel

**Inhaltsverzeichnis:** Einleitung S. 71 — I. Das sowjetische Vorbild S. 72 — II. Die neue Praxis: 1. Die Behandlung der Agrarfrage S. 73 — 2. Die Rolle der „nationalen Bourgeoisie“ S. 78 — 3. Würdigung S. 80 — III. Das Interessenverhältnis zwischen chinesischem und sowjetischem Kommunismus S. 82

Am Anfang aller Überlegungen über das Verhältnis der chinesischen und der sowjetischen Gesellschaft stehen drei elementare Tatsachen:

1. China ist das einzige Land außerhalb der Sowjetunion, das eine *autochthone* kommunistische Revolution durchlaufen hat. Der chinesische Kommunismus hat ohne unmittelbares äußeres Eingreifen der Sowjetunion gesiegt; und hieraus entspringt ein ganz neuartiges Verhältnis beider Mächte zueinander. Zum ersten Mal haben die Sowjetführer — und zwar schon zu Lebzeiten Stalins — ein kommunistisches Partnerland von Anfang an als ebenbürtig anerkennen müssen. Der Ostblock ist damit in sich selbst zwiefältig geworden. Ein kommunistisches Reich chinesischer Nation ist im fernen Osten entstanden.

2. Im Gegensatz zur sowjetischen war die chinesische Revolution schon in ihrer ersten Phase entscheidend von der Bauernschaft getragen — in einem Maße, das berechtigt, hier von einer *Bauernrevolution* zu sprechen<sup>1a</sup>.

3. Diese jüngste Umwälzung hat die chinesische Gesellschaft auf einer historisch weiter zurückliegenden Stufe angetroffen, als dies in Rußland der Fall gewesen ist. Die chinesische Industrie und mit ihr der Gegensatz der eigentlich modernen Gesellschaftsgruppen war noch

<sup>1</sup> Die folgende Darstellung ist aus einem Vortrag hervorgegangen, den Verf. auf der Hamburger Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde im Oktober 1955 gehalten hat.

<sup>1a</sup> So auch W. Franke, Die Stufen der Revolution in China, in „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte“ Jg. 2 (1954), S. 149 ff., hier S. 174.

in den Anfängen. Die Industriearbeiter waren noch halb ein Teil des tiers état und seines eigentlichen Massenelements: der Bauernschaft. Und die „proletarische“ Revolution konnte daher nur dadurch siegen, daß sie sich einen Teil des unerfüllten Programms dieses tiers état zu eigen machte: einmal das Verlangen des industriellen Bürgertums nach einem nationalen, nach außen gesicherten Markt, und zweitens das Begehren der heimischen Bauernschaft nach unbelastetem Eigentum. Die chinesische Revolution repräsentierte damit zu n ä c h s t in einem viel ursprünglicheren Sinne, als dies jemals für Rußland zugetroffen hat, jenen Typ „vor-proletarischer“ Revolution, den Lenin als den „revolutionär-demokratischen“ bezeichnet hat.

### I. Das sowjetische Vorbild

Bei all diesen Besonderheiten stimmte die gesellschaftliche Ausgangssituation der chinesischen Revolution jedoch so weit mit der russischen überein, daß sie den chinesischen Kommunisten die allgemeine Übernahme des bolschewistischen Programms erleichterte. So bei der Behandlung der vom ancien régime hinterlassenen sozialen Frage. Die Übergabe des Bodens an seine Bebauer erfolgte ganz im Sinne der bolschewistischen Doktrin; ebenso die Entmachtung der chinesischen Gentry, jener meist in den Städten lebenden kaufmännischen Grundrentnerschicht, in deren Hand sich das agrarische mit dem Handels- und Zinskapital, den typischen Mitteln frühkommerzieller Bereicherung, vereinigte.

Ebenso unverkennbar ist der sowjetische Einfluß auf die Behandlung der nationalen Frage in China: Im Inneren wachsende Zentralisierung der Administration, lokale Verwaltungsautonomie für die nationalen Minderheiten; nach außen Abschluß des Staatsgebiets.

Ganz dem sowjetischen Vorbild entspricht auch die beginnende chinesische Industrialisierung, deren Schwerpunkt immer mehr zum Produktionsgüterbereich hinüberneigt<sup>2</sup>.

Schließlich deckt sich das chinesische mit dem sowjetischen Gesellschaftsprogramm in der Anwendung des Räte-Prinzips auf die innere

<sup>2</sup> So soll bis Ende des ersten Fünfjahrplanes (1957) die Produktion von Stahl auf das Dreifache (von 1,35 Mill. t auf 4,12 Mill. t), die Produktion von Kohle auf das Zweifache (von 63,5 Mill. t auf 113 Mill. t), die Energieerzeugung auf den zweifachen Stand (von 7,2 Mill. kW auf 15,9 Mill. kW) gebracht, dagegen beispielsweise die Erzeugung von Baumwollgeweben um rund 50 % (von 111 Mill. Ballen auf 163) erhöht werden. (Li Fu Chung, Präsident der Staatlichen Plankommission, vor dem „Nationalen Volkskongreß“, Juli 1955). Im Staatshaushalt 1954 rangierte die Industrie mit einem Anteil von 47,8 % an den öffentlichen Investitionsmitteln, die Landwirtschaft mit einem Anteil von 10,5 %, das Verkehrswesen mit einem Anteil von 15,5 % (A. Eckstein, Conditions and Prospects for Economic Growth in Communist China, in „World Politics“, Princeton, April 1955.)

Verwaltung, in der Reform des Familienrechts, im Übergang zu moderner Volkshygiene und Volksbildung, jenen notwendigen Elementen einer „industriellen Zivilisation“, u. a. m.

Die chinesische Revolution hat alles in allem ebenso wie die bolschewistische erklärtermaßen gebrochen mit den Resten einer patri-monialen Herrschaft. Und sie deckt sich mit dieser ebenso im „sozialistischen“ und „kommunistischen“ Endziel.

## II. Die neue Praxis

### 1. Die Behandlung der Agrarfrage

Die chinesische Revolution unterscheidet sich jedoch von der bolschewistischen in der besonderen Form der Durchführung ihres Programms. Dies tritt zunächst in der Agrarverfassung hervor.

Schon bei der Bodenreform war das Land — anders als in Sowjetrußland, aber in Übereinstimmung mit dem Vorgehen in den osteuropäischen Ländern — nicht nationalisiert, sondern in Privateigentum der Bauern übergeben worden. Dies kennzeichnet die chinesische Revolution als eine zunächst vom Landvolk getragene. Das bisherige Überwiegen der Kleinpacht, bei Fehlen großer Güter, schloß zudem eine Nationalisierung des Bodens aus und ließ zunächst keinen anderen Weg als den der Verwandlung bäuerlicher Besitzverhältnisse in unmittelbare Eigentumsverhältnisse. Gleichzeitig wurde zwar das kaufmännische Grundeigentum, nicht aber der Kaufmann als Grundeigentümer beseitigt. Nach dem Bodenreformgesetz von 1950 sollte der Abgabepflichtige Land im Umfang einer bäuerlichen Eigenwirtschaft behalten. Nicht seine ökonomische Auslöschung, sondern seine Reduzierung auf den Stand eines einfachen Produzenten war offenbar der Zweck des Gesetzes<sup>3</sup>.

Besonders aber zeigt sich eine gewisse Selbständigkeit des Vorgehens beim gegenwärtigen Übergang zur kooperativen Wirtschaft.

Zunächst wurde dieser Übergang zeitlich so weit vorverlegt, daß er unmittelbar dem Abschluß der Bodenreform (1952/53) folgte. Grund hierfür dürften die Erfahrungen gewesen sein, die einst der sowjetischen Kollektivierung vorangegangen und gefolgt sind. In diesen Erfahrungen spiegelt sich eine allgemeine Konfliktsituation wider, in der gegenwärtig mehr oder minder alle jene unter-

<sup>3</sup> Das schloß eigenmächtiges und bis zum blutigen Exzeß getriebenes Vorgehen der landhungrigen Bauern, namentlich während der Jahre des Bürgerkriegs, keineswegs aus. Im Gegenteil ist Zügellosigkeit geradezu ein Element jeder Revolution, die nicht nur Eigentum aufhebt, sondern gleichzeitig neues Eigentum im Massenumfang für ihre Anhänger herzustellen verspricht. Aber diese Umstände machen die Beobachtung der staatlich-gesetzlichen Intention für die Analyse nicht überflüssig.

entwickelten Agrarländer mit kleinbäuerlicher Produktionsweise stehen, die sich zur beschleunigten Industrialisierung entschlossen haben. Die Übergabe des Bodens an seine Bebauer löst zunächst stets nur ein Problem, das der Nahrungssicherung für die Produzenten selbst; sie löst nicht die Frage der Versorgung der Städte und der Industrie: zunächst mit Produkten, später auch mit ländlichen Arbeitskräften. Das Kleineigentum mag die absolute Produktivität der Fläche bis zum äußersten vorantreiben — und nirgends ist diese Erfahrung im Laufe der Geschichte gründlicher gemacht worden als in der chinesischen Zwergkultur, bei zugleich ungeheurem Aufwand an menschlicher Arbeitskraft —, es kann auf die Dauer weder die Marktproduktivität noch die Produktivität der Arbeitskraft erreichen, deren eine rasche Entwicklung von Stadt und Industrie bedarf. Die Kleinparzelle entrückt zunächst nur den Bebauer selbst der unmittelbaren Hungergefahr. Die Marktproduktion, die sie darüber hinaus im günstigsten Falle erlaubt, ist in aller Regel zu klein, um zu kommerzieller Produktion anzuregen. Die Kleinparzelle konserviert gleichzeitig die latente Übervölkerung des flachen Landes. Immer mehr Esser klammern sich an den Boden, und jede Mißernte macht die latente zu einer offenen Übervölkerung — mit dem für China charakteristischen Resultat eines periodisch wiederkehrenden massenhaften Banditismus. Die Konservierung der überkommenen ländlichen Produktionsweise hat zur Folge, daß auch die städtische Wirtschaft, bei unzulänglicher Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, außer Stand gesetzt wird, den drängenden Volksüberschuß des Dorfes aufzunehmen<sup>4</sup>. Die Lähmung der Industrie aber schlägt wieder auf die Landwirtschaft zurück, und so fort. Die Herstellung des Privateigentums am Boden sichert also in einer kleinbäuerlich organisierten und in vorkapitalistischem Denken befangenen Agrargesellschaft noch nicht jene agrarische Marktproduktion, von der die Industrialisierung elementar abhängt. Dazu ist vielmehr Voraussetzung, daß das Verhältnis zwischen Produzenten, Produkt und Essern auf dem Lande selbst geändert wird, daß also nicht die bloße Flächenproduktivität, sondern die marktwirksame Produktivität der Arbeit sich erhöht, wozu auf die Dauer wiederum die Mitwirkung einer fortschreitenden Industrie erforderlich ist. Dieses grundlegende Wechselverhältnis im Prozeß der Industrialisierung, dessen bewegendes Glied zunächst die Landwirtschaft ist, diese elementare Gleichung zwischen Stadt und Land, sowohl in bevölkerungsmäßiger als auch in gütermäßiger Hin-

---

<sup>4</sup> Daher auch gegenwärtig wieder Arbeitslosigkeit in den chinesischen Städten, ähnlich wie dies in der Sowjetunion in den späten zwanziger Jahren im Massenumfang der Fall gewesen ist.

sicht, kann als das Grundgesetz der Industrialisierung eines kleinbäuerlichen und unentwickelten Landes in der modernen Welt angesehen werden. Der Widerspruch zwischen kleinbäuerlicher Grundlage und großindustriellem Ziel besteht dabei unabhängig von der Sozialordnung und spitzt sich um so mehr zu, je größer das industrielle Programm selbst ist<sup>5</sup>.

Aber aus dieser allgemeinen Grundsituation können nun sehr verschiedene Wege der Abhilfe gesucht werden. Zu der notwendigen agrarischen Überschußproduktion mag — von Auslandsleistungen abgesehen — eine (möglicherweise staatlich geförderte) spontane Neudifferenzierung der ländlichen Produzenten selbst und die Herausbildung eines marktfähigen Großbauernums führen. Jedoch bedeutet ein solcher Prozeß, abgesehen davon, daß er langwierig, mit dem Programm einer raschen Industrialisierung nicht zu vereinen und — wie der Ausgang der sowjetischen NEP gezeigt hat — von sehr unsicherem marktlichen Resultat ist, Entwicklung einer neuen sozialen Vormacht auf dem flachen Land. Für die Überlegung der chinesischen Kommunisten schied er damit aus.

Ein agrarisches Marktprodukt kann ferner über private oder staatliche Domänen aufgebracht werden, eine Lösung, für welche freilich die überkommene Agrarverfassung in China keinen Platz ließ.

Der dritte Weg zur agrarischen Marktproduktion ist schließlich der kooperative.

Man weiß, welche Kämpfe in der sowjetischen Periode der NEP um diese Fragen, die heute auf Grund umfassender Erfahrungen zum gesicherten Bestand einer Theorie der Industrialisierung kleinbäuer-

<sup>5</sup> Den näheren Nachweis führt Verf. in seinem Buch „Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion“, Berlin 1956, Kap. I. — Übrigens scheinen sich die chinesischen Führer dieser Situation bewußt zu sein: „Entsprechend dem [sozialistischen] Ziel verlangt unsere Volkswirtschaft nicht nur den Ausbau der Industrie, sondern auch eine entsprechende Entwicklung der Landwirtschaft. Die Entfaltung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft wird jedoch gehemmt durch die noch vorhandene parzellierte, konservative und rückständige Kleinbauernschaft. Die wachsende Diskrepanz zwischen dieser individualistischen kleinbäuerlichen Wirtschaft und der sozialistischen Industrialisierung wird immer offensichtlicher“ (Resolution des ZK der KPCh., in „Peoples China“ 1. April 1954). — „China produziert bekanntlich sehr wenig Marktgetreide und Rohstoffe für die Industrie, während unser Bedarf an diesen Produkten von Jahr zu Jahr zunimmt. Das ist natürlich ein eklatanter Widerspruch. Falls wir das Problem der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft nicht innerhalb von drei Fünfjahrplänen gelöst haben werden . . ., so werden wir den Widerspruch nicht beseitigen können zwischen dem von Jahr zu Jahr steigenden Bedarf an Marktgetreide und Rohstoffen für die Industrie und den unzureichenden Ernteergebnissen der wichtigsten Kulturen. Dann wird unsere sozialistische Industrialisierung auf die größten Schwierigkeiten stoßen, ja wir werden sie gar nicht durchführen können“ (Mao Tse Tung, Rede vor Parteisekretären am 31. Juli 1955, „New China News Agency“ 16. Oktober 1955).

licher Agrarländer gerechnet werden können, ausgefochten worden sind. Die Unklarheit auch des Stalinschen Flügels der bolschewistischen Partei jener Zeit über den nächsten Schritt in der Landwirtschaft hat gegen Ende der NEP zu einer tiefen Entwicklungsstörung in der Gesamtoökonomie geführt. Die von Trotzki schon seit 1924 geforderte und unter sowjetischen Voraussetzungen in der Tat unumgängliche Bildung von Großverbänden der agrarischen Produktion wurde zunächst hinausgezögert, dann überstürzt nachgeholt. Die Ergebnisse dieses Gewaltstreichs sind bekannt.

Es scheint, daß nicht das Ziel, wohl aber die Form des bäuerlichen Zusammenschlusses zu den Selbst-Revisionen des Stalinismus nach dem zweiten Weltkrieg gehört. Die Vorverlegung des Übergangs zum kooperativen Landbau in China — wie auch in den sowjetischen Einflußgebieten in Osteuropa — verfolgt offenbar den Zweck, zu einem gewissen Gleichschritt zwischen industrieller und agrarischer Umgestaltung zu gelangen, das elementare populationistische und güterwirtschaftliche Gleichgewicht zwischen Stadt und Land in gewissem Umfang zu wahren und damit die schweren ökonomischen Schäden des sowjetischen Exempels zu vermeiden.

Die Bedeutung dieses Schrittes ist allerdings groß. Die Vorverlegung des zweiten Teils der kommunistischen Agrarrevolution in China verschafft Zeitgewinn. Damit erhöht sich erstens die Möglichkeit, bei der Kooperierung der Bauern Überzeugungsmitteln gegenüber Druckmitteln Vorrang zu geben und die politischen Reibungen des Prozesses zu vermindern<sup>6</sup>. Zweitens haben organische Zwischenstufen auf dem Wege zum Kolchos in China eine bedeutende Rolle erlangen können. So wenig darüber ein Zweifel bestehen kann, daß der Kolchos (und schließlich die Agrarkommune) auch in China das Ziel ist, so ist doch nicht zu übersehen, daß die gegenwärtige Kooperierung der Landwirtschaft — trotz ihrer Beschleunigung namentlich im Winter 1955/56 — erst die Vorstufe einer Kollektivierung darstellt. Die Zahl der eigentlichen Kolchosen (bäuer-

<sup>6</sup> „Der Leninismus lehrt, daß es bei der Verwirklichung der sozialistischen Umgestaltung der bäuerlichen Kleinwarenwirtschaft nicht nötig ist, zum Zwang zu greifen und die den Bauern gehörenden Produktionsmittel durch Enteignung zu vergesellschaften. Lenin verurteilte Zwang und Expropriation als solche Maßnahmen, die den Grundlagen der Politik der Partei gegenüber der Bauernschaft widersprechen und die ganze Sache der Partei auf dem Lande untergraben; er verurteilte sie als ein schweres Verbrechen gegen die Revolution“ (Teng Tse Hui, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, in „Für dauerhaften Frieden für Volksdemokratie“, September 1954). — „Meiner Überzeugung nach müssen wir die Erfahrung der Sowjetunion berücksichtigen. Wir müssen jede Neigung zu überstürztem und blindem Vorgehen bekämpfen, das die nötige Vorbereitung vermissen läßt und die Bewußtseinslage der breiten Massen der Bauern nicht berücksichtigt“ (Mao Tse Tung, Rede vor Parteisekretären 31. Juli 1955, a.a.O.). Vgl. auch I. Deutscher. Urteil in „Manchester Guardian“ 7. November 1955.

liche Arbeitsgemeinschaften auf der Grundlage „gesellschaftlichen“ Eigentums an Grund und Boden und mit Ertragsverteilung ausschließlich nach individuellem Arbeitsbeitrag) ist vorläufig noch gering<sup>7</sup>. Es überwiegen die Genossenschaften „niederer Typs“.

Abgesehen von Kredit-, Absatzgenossenschaften usw. sind hierfür charakteristisch die **Gemeinschaften der Gegenseitigkeitshilfe**: mehr oder minder stabile Zusammenschlüsse mehrerer Bauernfamilien, die der Reihum-Hilfe bei der Landbestellung dienen und in ihren Anfängen schon bis in die dreißiger Jahre zurück zu verfolgen sind. Eine relativ „höhere“ Form des kooperativen Landbaus stellen die **Produktionsgenossenschaften** dar, die unter vorläufiger Wahrung des bäuerlichen Privateigentums am Boden die gemeinsame Feldarbeit zu einer dauernden machen<sup>8</sup>. Dabei verteilt sich der Ertrag sowohl nach Leistung wie nach eingebrachtem Gut. Eine solche Regelung kannte auch die Frühzeit der sowjetischen Kollektivierung. Der Unterschied besteht aber darin, daß in der Sowjetordnung der Boden von Anfang an nationalisiertes Eigentum war, während die Wahrung des Eigentumstitels — sowie seine finanzielle Anerkennung, welche den Kollektivbetrieb in dieser Hinsicht zum „Pächter“ seiner arbeitenden Mitglieder macht — in der gegenwärtigen chinesischen Produktionsgenossenschaft das Rücktrittsrecht der Einzelhaushalte vorläufig noch impliziert. Erst im Kolchos wird die Kooperierung der Bauern definitiv infolge des Übergangs des Boden-

<sup>7</sup> Aus einer Meldung von Radio Moskau (2. Februar 1956) ergibt sich, daß zum Berichtszeitpunkt rund 26,5 % aller kooperierten bäuerlichen Haushaltungen (bzw. 20,1 % der Gesamtzahl der chinesischen Bauernhaushaltungen) „vollsozialistischen“ Genossenschaften angehörten. — Die Hintanstellung des Übergangs zum Kollektiv hinter dem Ziel einer allg. Kooperierung der Landwirtschaft hat ihren Grund offenbar darin, daß vorläufig die Voraussetzungen einer adäquaten, den Großbetrieb erfordernden **Mechanisierung** der chinesischen Agrarproduktion noch fehlen. Die traditionelle intensive Gartenkultur setzt Traktor und Combine ungleich größere Hindernisse entgegen, als dies in der extensiven Getreidewirtschaft Rußlands je der Fall sein konnte. Wie soll etwa der Reisbau, häufig genug auf Bewässerungsterrassen von ungleichem Niveau und geringer Fläche betriebenen, landwirtschaftlichen Arbeitsmaschinen zugänglich gemacht werden? Daher liegt denn auch das Schwergewicht gegenwärtig bei der **Arbeitsgenossenschaft**, bei der Rationalisierung der menschlichen Arbeitskraft ohne wesentliche Änderung der Bewirtschaftungsweise selbst. Andererseits hat offenbar gerade der Umstand, daß ohne Mechanisierung der agrarischen Produktion auch einer weiteren Rationalisierung der bäuerlichen Arbeit relativ enge Grenzen gesetzt bleiben, in letzter Zeit zu einer **kompensatorischen Beschleunigung** des Kooperierungsvorgangs geführt: Die Rationalisierung der bäuerlichen Handarbeit muß auf um so breitere Grundlage gestellt werden, je begrenzter der unmittelbare produktive Effekt ist, den sie verspricht.

<sup>8</sup> Radio Moskau meldete am 2. Februar 1956 eine Zahl von 92,8 Mill. Haushaltungen (= 78 % von insgesamt rund 111 Mill.), die Mitglieder von Produktionsgemeinschaften irgend einer Art seien. Davon gehörten 68,2 Mill. (= 79,9 %) Arbeitsgenossenschaften des „niederer Typs“ an. — Vgl. auch O. Schiller, **Das neue Agrarprogramm Rotchinas**, in „Osteuropa“ Jg. 6 (1956), Nr. 1, S. 56 ff.

eigentums an die Genossenschaft (oder an eine andere gesellschaftliche Instanz), wodurch auch der Sinn einer teilweisen Entgeltung nach eingebrachtem Gut entfällt.

Die chinesische Kooperierung unterscheidet sich von der sowjetischen ferner durch das Fehlen einer echten „Kulaken“-Frage. Die Übernahme des sowjetischen agrarischen Klassenschemas durch die chinesischen Kommunisten, die Unterscheidung von „Großbauern“ („Kulaken“), „Mittelbauern“ und „Kleinbauern“, von denen die ersteren beschränkt und ausgeschaltet, die anderen „neutralisiert“, die letzten gewonnen werden sollen, ist, auf die chinesische Gesellschaft angewandt, reine Phraseologie. In einer Wirtschaft, die bei minimalen Nutzflächen durchweg kaum über den familiären Gartenbau hinausgelangt ist, gibt es nach Wegfall der ökonomischen Vormacht der Gentry kein echtes „Großbauern“-Problem. Eine „unblutige“ Umwandlung der chinesischen Agrargesellschaft würde daher gewisse objektive Umstände für sich haben.

## 2. Die Rolle der „nationalen Bourgeoisie“

Auch das Verhältnis der chinesischen Staatsmacht zum heimischen Privatkapital zeigt abweichende Merkmale. Das wird weniger im Anteil des Privatkapitals an Handel und Industrie sichtbar<sup>9</sup> als vielmehr in dem Versuch, die sogenannte „nationale Bourgeoisie“ in ein kooperierendes ökonomisches Verhältnis einzubauen<sup>10</sup>. Dieser Umstand ist auch an seinem politischen Reflex zu kontrollieren: Der chinesische Staat wird nicht als „Diktatur des Proletariats“ definiert, sondern als „Staatsmacht der demokratischen Einheitsfront der Arbeiterklasse, der Bauern, des Kleinbürgertums und der nationalen Bourgeoisie“ (Programm des Politischen Konsultativen Volksrats, September 1949), unter „Führung der Arbeiterklasse“ und auf der Grundlage des „Bündnisses der Arbeiter und Bauern“. Bei

<sup>9</sup> Immerhin betrug schon 1952 der Anteil des „vollsozialistischen“ Sektors an der Produktion der Schwerindustrie 80 %, der Leichtindustrie 40 %, am Großhandel 80 %, am Kleinhandel 50 %, an den Banken 90 %. Darüber hinaus spielen eine große Rolle staatliche Anteilsbetriebe. Im Verkehr mit Agrarerzeugnissen wurde ein Großhandelsmonopol der Regierung für Getreide, Baumwolle und Ölsaaten errichtet, das auf dem Wege von Lieferungsverträgen mit den Erzeugern 1954 schon rund 60 % der Gesamternte bewegte.

<sup>10</sup> „Unsere gegenwärtige Politik besteht nicht darin, den Kapitalismus zu vernichten, sondern ihn zu beschränken.“ „In der gegenwärtigen Etappe läßt sich unter der Mehrheit der nationalen Bourgeoisie eine große und nützliche Erziehungsarbeit durchführen. Bis die Frage der Verwirklichung des Sozialismus, d. h. der Nationalisierung der Privatbetriebe auf der Tagesordnung stehen wird, werden wir den nächsten Schritt in unserer Arbeit zur Erziehung und Umerziehung der nationalen Bourgeoisie . . . vollzogen haben.“ (Mao Tse Tung vor dem „Politischen Konsultativen Volksrat“ im September 1949.) Vgl. auch Präambel der neuen Verfassung vom 20. September 1954.



allgemeiner Übernahme des bolschewistischen Prinzips der konzentrischen gesellschaftlichen Führungsrings unterscheidet sich die chinesische Machtordnung von der sowjetischen durch die Einbeziehung auch der „nationalen Bourgeoisie“ in den „äußeren“ Führungsring<sup>11</sup>.

Für diese im Ansatz erkennbare abweichende Haltung der chinesischen Staatsleitung zur heimischen „Bourgeoisie“ gibt es, abgesehen von dem Wunsch, sich ihrer ökonomisch für den nationalen Aufbau zu bedienen, auch besondere historische Gründe:

1. Das Unternehmertum ist in China so jung wie die Industrie selbst, die erst durch die Revolution von 1912 und den ersten Weltkrieg einen nachhaltigen Anstoß erfahren hat. Der soziale Konflikt in der Industrie steckte bei Machtantritt der Kommunisten noch in den Anfängen. Die zentrale Figur der allgemeinen Auflehnung war nicht die „Bourgeoisie“, sondern die chinesische Gentry und ihre politische Repräsentation<sup>11a</sup>.

2. Die „nationale Bourgeoisie“ ist, wie die kommunistische Bewegung, stets — im eigenen Interesse — für einen starken Zentralstaat in China eingetreten.

3. Das heimische Unternehmertum hat, angefangen von den Tagen der „4.-Mai-Bewegung“ (1919) gegen die im Versailler Vertrag ursprünglich beabsichtigte Übergabe Kiau-Chous an Japan, auch gegenüber der Außenwelt stets das Interesse Chinas als werdenden Nationalstaats verteidigt. Das heimische Bürgertum traf sich hierin mit einer allgemeinen Volksströmung; es erfüllte so im Sinne der chinesischen Kommunisten die Bedingungen einer „nationalen Klasse“. Das Verhalten des chinesischen Unternehmertums hatte zur Folge, daß ihm — sehr im Gegensatz zu den Fabrikanten des zaristischen Rußland mit ihren engen Auslandsverflechtungen — nach dem Sieg der neuen Revolution die Möglichkeit eines Rückgriffs auf auswärtige Hilfe von vornherein fehlte. Damit entfiel wiederum das Bedürfnis nach vorbeugenden Maßnahmen auf der Gegenseite<sup>12</sup>. Alle diese Um-

<sup>11</sup> Dies hat einen entsprechenden Ausdruck in der nachträglichen Gründung einer „demokratisch-nationalen Aufbauvereinigung“ als sogenannter „Kapitalistenpartei“ im April 1955 gefunden.

<sup>11a</sup> So meint auch E. St. Kirby (Einführung in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Chinas, a. d. Am. München 1955, S. 29) mit Bezug auf die zwanziger und dreißiger Jahre: „Die Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf die institutionellen und politischen Hemmnisse, die einer kapitalistischen Entwicklung Chinas im Wege standen . . . Die Überzeugung wuchs, daß China alle Möglichkeiten eine ähnlichen Entwicklung in sich trage, daß es lediglich verspätet auf den unteren Stufen der gleichen Leiter stehe und daß nur das Regime und ausländische Interessen ihm im Wege stünden und seinen Aufstieg behinderten.“

<sup>12</sup> Es ist nicht zu übersehen, daß auch in Sowjetrußland der Beginn des Bürgerkriegs es gewesen ist, der Anlaß zur beschleunigten allgemeinen Überführung der Privatindustrie in Staatshand (seit Sommer 1918) gegeben hat.

stände haben zu einer neuen Variation des alten Leninschen Gedankens von der „revolutionär-demokratischen Diktatur“ in der kommunistischen Praxis geführt. Ein neues Verhältnis der „Klassen-Kooperation“ — immer unter Wahrung des Führungspostulats des „Proletariats“, dieses gewissermaßen „vertreten“ durch die kommunistische Partei — wird gesucht, das weder mit der russischen Kerenskij-Periode, wo von „Führung der Arbeiterklasse“ keine Rede sein konnte, noch mit der sowjetischen NEP, wo das Unternehmertum als soziale Gruppe schon beseitigt war, verglichen werden kann.

### 3. Würdigung

So lassen sich gewisse **A n s ä t z e** eines besonderen „chinesischen Wegs“ zum allgemeinen „sozialistischen“ und „kommunistischen“ Endziel erkennen. Es ist der Versuch, den Prozeß der gesellschaftlichen Umwandlung auf eine breitere soziale Grundlage zu versetzen<sup>13</sup>, durch vorsichtiger Wahl der Mittel sich ein mögliches Maß populären Einverständnisses zu sichern und damit die großen politischen und wirtschaftlichen Risiken und Schäden, von denen die Stalinära in der Sowjetunion begleitet war, zu mindern. Der „friedliche“, der „organische“ Weg zum „Sozialismus“ — der im übrigen der zweieinhalb Jahrtausende anhaltenden ungebrochenen Wirksamkeit der konfuzianischen Gesellschaftsethik Rechnung zu tragen scheint — wird auch von der neuen Verfassung vom 20. September 1954 betont. Die Kao-Kang-Gruppe, die eine Beschleunigung der Gangart wünschte, wurde im Frühjahr 1955 zurückgewiesen.

Drei denkbaren Einwänden ist an dieser Stelle vorzubeugen:

1. Die **C h a n c e n** eines „chinesischen Wegs“ ergeben sich natürlich nicht aus einem vorausgesetzten besseren Willen der regierenden Staatspartei und ihrer Exponenten, sondern vielmehr aus den geschilderten andersartigen **o b j e k t i v e n B e d i n g u n g e n**, die der gesellschaftliche Übergang hier von vornherein angetroffen hat.

<sup>13</sup> „Der Prozeß des Übergangs zum Sozialismus in China muß von den wirklichen Erfordernissen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Chinas, von den Interessen der erdrückenden Mehrheit des gesamten Volkes ausgehen; und wenn diese Zeit gekommen ist, wird sich die Kommunistische Partei auch mit allen anderen demokratischen Parteien und Gruppen, Organisationen, nationalen Minderheiten, mit den verschiedenen patriotischen, demokratischen Persönlichkeiten beraten und gemeinsam mit ihnen Beschlüsse fassen müssen. Die Kommunistische Partei Chinas will auch in Zukunft Seite an Seite mit allen, die den Sozialismus anstreben, den Weg zum Sozialismus gehen.“ (Liu Chau Chi vor dem Politischen Konsultativen Volksrat im September 1949.) — Es entspricht dies in gewissem Maße der schon früher betriebenen Anlehnung der KPCh an das heimische Unternehmertum und — dem Programm nach — sogar an die „aufgeklärte“ Gentry, zu welcher der antijapanische Kampf den Anlaß gegeben hatte. (Vgl. etwa Beschluß des ZK vom 28. Januar 1942, wiedergegeben in „Der Kommunismus in China, eine Dokumentargeschichte“ [a. d. Am. München 1955, S. 211 ff.]

2. Es mag den Anschein haben, daß der gegenwärtige Stand der chinesischen gesellschaftlichen Entwicklung eine bloße Vorstufe darstellt, oder eine der bekannten „Erholungsphasen“ in der kommunistischen „Strategie“, auf welche, wie in der Sowjetunion auf die NEP, die eigentliche gewaltsame Periode unvermeidlich nachfolgen wird. Aber das gegenwärtige China befindet sich bereits im Prozeß der beschleunigten Industrialisierung, in der Planepoche und auf dem Wege der agrarischen Kooperierung. Es ist zudem seit seinem Bestehen in permanenter aktueller militärischer Anstrengung begriffen; und dennoch hat die gesellschaftliche Transformation nicht die Formen der vergleichbaren sowjetischen Stalinära angenommen. Wenn aber die Initialphase des Übergangs bereits veränderte Züge aufweist, so liegt die Frage nahe, ob damit nicht von vornherein auch veränderte Bedingungen für die weiteren Phasen geschaffen werden.

3. Man mag, das Ziel der „Gemeinwirtschaft“ schlechthin verwerfend, Unterschiede im Weg zu diesem gemeinsamen Ziel aus der eigenen Perspektive für mehr oder minder belanglos halten. Es ist aber folgendes nicht zu übersehen:

a) Gerade die Formen des gesellschaftlichen Umwandlungsprozesses in der Sowjetordnung sind es gewesen, welche die allgemeine Mißbilligung der Umwelt herausgefordert haben. Auch unser eigenes Bild von der „sozialistischen“ Gesellschaft ist bisher weniger von der im Grunde blutlosen Vorstellung des „Gemeineigentums“ als vielmehr von dem (lange Zeit einzigen) sowjetischen Anschauungsfall seiner Verwirklichung geprägt worden.

b) Es ist das chinesische und nicht das sowjetische Vorbild, das heute in Asien Schule macht. Gleichgültig, wie wir selbst daher das chinesische Phänomen bewerten — die neuen Vorgänge selbst, die sichtbare Rückführung des sowjetischen Exempels auf asiatische Maßstäbe, die Vorstellung eines möglichen eigenen Weges zum „Sozialismus“, die damit entsteht, ist schon bisher nicht ohne Einfluß auf die gesellschaftlichen Bestrebungen dritter Länder in diesem Raum geblieben und mag sie anregen, von sich aus weitere Wege zu suchen. In die chinesische Praxis übertragen, hat der kommunistische Prozeß offenbar einen Teil seines Schreckens für die asiatischen Völker verloren.

c) Die chinesische Variation des bolschewistischen Modells hat dieses selbst in eines unter mehreren offenbar möglichen verwandelt; sie hat das bolschewistische Beispiel historisch relativiert, ihm einen besonderen geschichtlichen Ort zugewiesen<sup>14</sup>.

<sup>14</sup> Hinzu ist das selbständige und schließlich von den Sowjetführern selbst anerkannte Experiment Jugoslawiens getreten.

Alles in allem hat der Ostblock damit seine monolithische Gestalt verloren. Die Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Ordnung in der Welt ist nun nicht mehr nur eine solche zwischen zwei gegensätzlichen sozialen Formationen, sondern auch eine solche um den „besten“ Weg zu der „neuen“ Gesellschaftsordnung innerhalb des „sozialistischen“ Lagers selbst. In diesem Sinne sind auch Rückwirkungen des jüngsten chinesischen Versuchs auf den übrigen Ostblock von vornherein nicht ausgeschlossen.

### III. Das Interessenverhältnis zwischen chinesischem und sowjetischem Kommunismus

Welches unmittelbare Verhältnis zwischen China und der Sowjetunion entspringt aus dieser Situation?

Einerseits zeigt sich das kommunistische China bedacht auf Wahrung seiner politischen Selbständigkeit; und die Sowjetführer haben dieses Bestreben schon zu Stalins Zeiten zu respektieren gelernt<sup>15</sup>.

Andererseits aber bestehen in verschiedener Hinsicht elementare Interessenverbindungen: Zunächst natürlich allgemein aus der Übereinstimmung des Ziels. Darüber hinaus muß beiden Partnern in gleichem Maß am Gelingen des chinesischen Aufbauwerks gelegen sein, nachdem sich gezeigt hat, daß die Werbekraft des gemeinsamen Systems auf Asien heute weit mehr von China als von der UdSSR ausgeht. Die sowjetische China-Hilfe<sup>16</sup> ist damit zum integralen Bestandteil auch des sowjetischen Verhältnisses zu den unterentwickelten dritten Räumen der Welt geworden.

Darüber hinaus hat die Industrialisierung Chinas begonnen, eine unmittelbare materielle Interessenverbindung von wachsender Intensität herzustellen. Die Anfänge einer gemeinschaftlichen industriellen Erschließung Sinkiangs, die Entwicklung des benachbarten Sowjet-Kasachstan zu einer neuen Getreidebasis ersten Ranges, die für die Zeit des 6. sowjetischen Fünfjahrplans angekündigte Industrialisierung Mittel- und Ostsibiriens, der Bau von neuen Direktverbindungen der Eisenbahn und des Autotransports zwischen den beiden Großmächten lassen Umriss einer beginnenden transkontinentalen Zusammenarbeit größten Stils hervortreten.

Es besteht aber auch eine gewisse populationistische Interessenverbindung. China ist ein Land mit großem Überschuß an anspruchs-

<sup>15</sup> Vgl. Übergabe Port Arthurs sowie des mandschurischen Teils der Transsibirischen Eisenbahn an China; Verkauf der sowjetischen Anteile an gemischten Gesellschaften per 1. 1. 1955.

<sup>16</sup> Vgl. Kreditabkommen von 1950 und 1954. — Von den im ersten Fünfjahrplan vorgesehenen 694 chinesischen industriellen Großprojekten sollen 156 durch die Sowjetunion verwirklicht werden.

loser Arbeitsbevölkerung, die, auf dem flachen Land immer neu hervorgebracht, einerseits durch die eigene Industrie vorläufig nicht absorbiert werden kann, andererseits in ihren traditionellen südostasiatischen, australischen und überseeischen Ausbreitungsräumen wachsendem Widerstand gegenübersteht. Gleichzeitig befinden sich in chinesischer Nachbarschaft große unbesiedelte Räume der Sowjetunion von wachsender wirtschaftlicher Bedeutung. Die Verpflanzung sowjetischer Arbeitskräfte aus den Zentralgebieten in diese Räume macht, wie sich gezeigt hat, bei dem großen Zivilisationsgefälle innerhalb des Sowjetreiches selbst große Schwierigkeiten. Die gegenwärtige Reduzierung der sowjetischen Zwangsarbeit, deren Reservat die entlegenen Gebiete bis heute geblieben sind, hat das Problem, Arbeitskräfte für diese Räume zu finden, besonders dringlich gemacht.

Was liegt näher, als einen zeitweiligen Ausgleich der Arbeitskräfte zwischen beiden verbündeten Ländern über die Grenzen hinweg zu suchen! Ein solcher Ausgleich würde nicht nur das auch allgemein sich immer mehr zuspitzende Problem der Arbeitskräftegewinnung in der Sowjetunion jedenfalls zeitweilig erleichtern, sondern gleichzeitig ein gewisses Regulativ der latenten oder offenen Übervölkerung in China liefern, solange die Industrie des Landes noch nicht hinreichend aufnahmefähig geworden ist<sup>17</sup>.

Diese mannigfache elementare Angewiesenheit beider Großmächte des Ostblocks aufeinander macht eine baldige Entfremdung oder gar Verfeindung zwischen ihnen höchst unwahrscheinlich<sup>18</sup>. Jeder Druck von außen muß im übrigen beide Partner aneinander drängen. Vielleicht liegt aber die eigentliche Chance für die Zukunft unserer Welt gerade darin, daß die Kontakte beider Reiche nicht abreißen und daß der

<sup>17</sup> Ein solcher Ausgleich scheint in gewissem Umfang bereits stattzufinden. Schon 1952 wurde die Anwesenheit von rund einer Million chinesischer Arbeiter in der Sowjetunion gemeldet. (Auf der anderen Seite arbeiten — heute wieder — zahlreiche sowjetische Fachleute und technische Berater in China.) Während des zweiten Weltkrieges waren zeitweilig mehrere Millionen Chinesen ins Land gezogen worden, um sowjetische Arbeiter für die Front freizumachen. — Prof. W. Starlinger (Grenzen der Sowjetmacht, im Spiegel einer West-Ost-Begegnung hinter Palisaden 1945—1954, Kitzingen/Main 1954) nimmt die These vom biologischen Überdruck Chinas zum Ausgang der entgegengesetzten Folgerung eines unvermeidlichen Konflikts zwischen beiden Großmächten um die Siedlungsräume. Er setzt voraus, daß die chinesischen und sowjetischen Staatsleiter nicht in erster Linie Kommunisten, sondern Nationalisten sind, für die territoriale Grenzlinien dieselbe Rolle spielen, wie dies in Europa bisher der Fall gewesen ist.

<sup>18</sup> „Wirtschaft und Außenpolitik binden China bis auf weiteres an die Sowjetunion.“ „An eine Abkehr von der bisherigen Linie dürfte ohne grundlegende Veränderungen nicht zu denken sein . . . Die Sowjetunion ist für die Chinesen eine Macht, mit der . . . Freundschaft zu halten die einzig mögliche Voraussetzung für den Aufbau eines neuen China zu sein scheint.“ T. Grimm, Die Sowjetunion in chinesischer Sicht, im Manuskript verbreiteter Vortrag, Hamburg 1955, S. 19, 22).

„chinesische Weg“ sich auf den Ostblock selbst auszuwirken vermag. In diesem Sinne könnte das China-Phänomen in der Tat zu einem der in der Welt von heute angelegten Katalysatoren der historischen Situation werden.